



Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Cornelia Behm

Ausgabe 6 – Dezember 2006

KOLUMNE

Liebe Leserin, Lieber Leser

was hatten wir in diesem Jahr für einen schönen Oktober! An manchen Tagen fühlte man sich in mediterrane Gefilde versetzt. Und doch – bei aller Freude über den Sonnenschein und die milden Temperaturen – das Wort „Klimawandel“ schlich sich immer wieder in die Gedanken. Kein Wunder, denn aus allen Medien erfahren wir mittlerweile täglich, welche verheerenden Folgen der ungebremste Ausstoß von Treibhausgasen haben wird. Umweltminister Gabriel erklärte uns, bis wann die Polkappen abgeschmolzen sind und dass der Meeresspiegel ansteigen wird. Vielleicht um einen Meter oder um anderthalb bis 2100? Unsere Fantasie reicht kaum aus sich vorzustellen, was dann mit den Niederlanden wird.

Aber berührt uns das wirklich? Haben wir in diesen warmen Herbsttagen mal über unsere Verantwortung nachgedacht? Ich höre häufig: „Die Politik muss handeln! George W. Bush muss endlich das Kyoto-Protokoll unterzeichnen, die Bundesregierung muss die Kerosinsteuer einführen, PKW nach dem Schadstoffausstoß besteuern und darf Kohle nicht mehr privilegieren...“ Alles richtig, aber doch nicht genug. Klimaschutz muss eine Massenbewegung werden. Jeder trägt Verantwortung. Ob Sie den Stromanbieter wechseln, Energiesparlampen einschrauben oder öfter mit dem Fahrrad statt mit dem Auto fahren – es ist gar nicht schwer. Wenn jeder von uns seine eigene Klimaschutz-Strategie hat, sind die Niederlande vielleicht noch zu retten.

Cornelia Behm

Friedenspolitik

UNIFIL – der Libanon-Einsatz der Bundeswehr

Der Auftrag von UNIFIL ist die Überwachung des Waffenstillstandes und die Stärkung der Souveränität und territorialen Integrität des Staates Libanon. UNIFIL kann ein kleiner Schritt auf dem Weg zum Frieden im Nahen Osten sein.

Es gibt Entscheidungen, da weiß man instinktiv oder auf Grund eigener Erfahrung, was gut und richtig ist. Und dann gibt es Entscheidungen, deren Hintergründe so vielschichtig sind, dass man sich guten Rat von Fachleuten oder von Freunden holen und ausgiebig über das Für und Wider debattieren muss. Wenn es gut geht, ist man dann auch irgendwann in der Lage, guten Gewissens Ja oder Nein zu sagen.

So eine Entscheidung war die über den Libanon-Einsatz der Bundeswehr. Letztendlich habe ich mit gutem Gewissen dafür gestimmt. Aber bis dahin habe ich viel Zeit zum Nachdenken gebraucht.

Wie bei vielen anderen war meine erste Reaktion: „Wir Deutsche haben da unten nichts zu suchen.“ Auch fiel mir wieder ein, wie Joschka Fischer einmal von seinen Nah-Ost-Gesprächen berichtet hatte: „... unterhalte ich mich mit Israelis, höre ihre Argumente und sage, sie haben recht. Kurze Zeit später rede ich mit Palästinensern, kann mich ihren Argumenten nicht verschließen und stelle fest, dass

Konfliktparteien haben um Unterstützung durch deutsche Soldaten gebeten.

auch sie recht haben.“ Was, frage ich mich, kann in dieser extrem komplizierten Situation die Bundeswehr Gutes bewirken?

Also fange ich ganz vorn an: Der Nah-Ost-Konflikt schafft seit Jahrzehnten immer wieder unendliches Leid in der Region, und nicht nur das, er nimmt von Jahr zu Jahr an Brisanz zu. Der Konfliktherd ist auch eine Gefahr für den Weltfrieden. Deshalb sind friedenssichernde Maßnahmen und auch eine deutsche Beteiligung daran geboten.

Der Krieg zwischen Israel und Libanon/Hisbollah erforderte ein Eingreifen der Staatengemeinschaft. Mit nichtmilitärischen Maßnahmen zur Konfliktlösung und humanitärer Hilfe für die Betroffenen allein war es nicht mehr getan. Letztendlich hat

nur das UNIFIL-Mandat dazu geführt, dass der Krieg zwischen Israel und Libanon in einen Waffenstillstand überführt werden konnte. Deutschland ist von allen Konfliktparteien ausdrücklich gebeten worden, sich mit einem Bundeswehrkontingent an dem Einsatz zu beteiligen. Diesen Wunsch zu versagen mit dem Hinweis auf die historische Schuld Deutschlands gegenüber den Juden und eine daraus sich ergebende Parteilichkeit, ist bei näherem

Einsatz ist unumgänglich

Hinsehen nicht sachgerecht. Eher im Gegenteil würden diplomatische und andere nichtmilitärische Maßnahmen zur Befriedung der Region auf deutlich weniger Akzeptanz stoßen, wenn Deutschland nicht bereit gewesen wäre, auch diesen Schritt zu tun. →



UNIFIL – der Libanon-Einsatz der Bundeswehr

UNIFIL kann ein kleiner Schritt auf dem Weg zum Frieden im Nahen Osten sein.

(Fortsetzung von Seite 1)

→ Mit UNIFIL nimmt Deutschland erstmals in größerem Umfang an einem VN-geführten Friedenseinsatz teil. Bisher stand die Bundesrepublik bei Blauhelmeinsätzen an 39. Stelle in Bezug auf die Entsendung von Personal (Soldaten und Polizisten). Die see- seitige Absicherung der libanesischen Grenze gegen Waffenschmuggel ist aus meiner Sicht ein Einsatzauftrag, mit dem die Bundesrepublik einen angemessenen Beitrag leistet und gleichzeitig vermie-

den werden kann, dass Bundeswehrosoldaten zwischen die Konfliktparteien geraten.

Sowohl die Äußerungen von Verteidigungsminister Jung im Vorfeld des Libanon-Einsatzes, als auch das, was aktuell aus diesem Hause kommt, sorgen immer wieder für Unsicherheit. Gerade deshalb fordern wir als Bundestagsfraktion von der Bundesregierung eine regelmäßige und ausführliche Unterrichtung über die deutsche Beteiligung an UNIFIL.

Ständige Kontrolle notwendig



Bundeswehreininsatz im Libanon: „Letztendlich habe ich mit gutem Gewissen dafür gestimmt.“

Eckpunkte zur Förderung ländlicher Räume

Am 16. September hat Cornelia Behm auf dem Kongress der bündnisgrünen Bundestagsfraktion „Ländliche Räume in Deutschland entwickeln“ ein Eckpunktepapier zur zukünftigen Förderung ländlicher Räume vorgestellt.

Politiker schmücken sich gerne mit den Leistungen des ländlichen Raums. Regionale Qualitätsprodukte, glückliche Tiere auf idyllischen Höfen, blühende Landschaften dienen ihnen allenthalben als Medienkulisse und Bebilderung ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Gleichzeitig rückt das Verfassungsziel, in allen Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, in immer weitere Ferne. Denn in der Realpolitik finden die ländlichen Räume kaum Berücksichtigung.

desregierung hat für den ländlichen Raum im wahrsten Sinne des Wortes nichts übrig. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Dezember 2005 mit ihrem Finanzkompromiss beim Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs drastische Kürzungen der europäischen Fördermittel zur Entwicklung des ländlichen Raums in Deutschland durchgesetzt. Parallel dazu hat die Große Koalition auch die nationalen Fördermittel für den ländlichen Raum reduziert.

Schwarz-Rot kürzt die Mittel

zen dieser Politik eine Strategie für lebendige ländliche Räume entgegen, die wir in einem Eckpunktepapier zusammengefasst haben.

Leitlinien unserer Förderpolitik sind die von uns eingeleitete Agrarwende, die ökologische Modernisierung der Marktwirtschaft und unsere Strategie „Weg vom Öl“. Wir wollen ökologische Ziele in den Mittelpunkt stellen und die pauschale Vergabe von Subventionen überwinden. Förderfähig sollen in Zukunft nur noch Projekte sein, die

fördern die Kooperation der Akteure vor Ort und schaffen überparteiliche Netzwerke.

Wir wollen die Entscheidungskompetenz der regionalen Akteure stärken und unterstützen den flächendeckenden Einsatz von Regionalmanagern auf dem Lande. Der flexible Einsatz der Fördermittel vor Ort sowie die Verlagerung von Verantwortung und Entscheidungskompetenz – auch in finanzieller Hinsicht – auf die Akteure in den Regionen muss ausgebaut werden.

Vorteil: bottom up-Prinzip

entweder langfristig in der Lage sind, selbst tragende Strukturen aufzubauen oder die klar benennbare gesellschaftliche Leistungen wie z.B. durch zusätzliche Arbeitsplätze, Landschaftspflege oder Naturschutz erbringen.

Zudem wollen wir mehr und bessere Aus- und Weiterbildung in den so genannten grünen Berufen der Land- und Forstwirtschaft. Insbesondere im Zusammenhang mit der Erzeugung von Bioenergie, der Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe zu Industrie Grundstoffen und Hilfsstoffen für die Bau- und Automobilindustrie entstehen ganz neue Berufsfelder. Auch unternehmensnahe Dienstleistungen haben hier ihren Platz.

Mit unserer Förderstrategie setzen wir auf integrierte Ansätze. Denn diese ermöglichen effizienten Mitteleinsatz. Sie be-

Die ländlichen Räume leben von den dort lebenden und arbeitenden Menschen. Lassen Sie uns eine starke Lobby für die ländlichen Räume werden.

Das Eckpunktepapier finden Sie unter der Themenrubrik „Ländlicher Raum“ auf www.cornelia-behm.de.



Ländliche Räume brauchen strategische Förderung.

Bürgergremium Petitionsausschuss

Seit Beginn der neuen Legislaturperiode bin ich stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Dieser hat im September seinen Jahresbericht für 2005 vorgelegt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Bürgerinnen und Bürger großes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Deutschen Bundestages haben. Mehr als 22.000 Eingaben mit Beschwerden über Ämter und Behörden sowie Bitten zur Gesetzesänderung sind an den Ausschuss gerichtet worden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Steigerung um 23 Prozent. Bei über 40 Prozent der Eingaben konnte etwas für die Petenten erreicht werden. Entweder hat die damalige rot-grüne Bundesregierung die Vorschläge der Petenten direkt aufgegriffen oder die der

Regierung nachgeordneten Behörden konnten den Beschwerden abhelfen.

Die noch unter der rot-grünen Koalition eingeführten Neuerungen im Petitionsrecht haben die erwartete positive Wirkung entfaltet oder gar übertroffen. So wird von den Möglichkeiten, Petitionen per E-Mail durch Nutzung eines im Internet abrufbaren Formulars einzureichen oder so genannte „Öffentliche Petitionen“ auf der Homepage des Deutschen Bundestages mitzuzeichnen, von den Bürgerinnen und Bürgern intensiv Gebrauch gemacht. Eine Petition zum Thema „Gene-

ration Praktikum“ fand in kurzer Zeit über 40.000 Mitzeichner und führte zu hunderten Diskussionsbeiträgen. Noch in diesem Jahr wird die erste öffentliche Ausschusssitzung unter Mitwirkung der Petenten durchgeführt werden.

Der Jahresbericht 2005 ist darüber hinaus eine Handlungsaufforderung an die Bundesregierung. Vor allem zahlreiche Eingaben zur Sozial- und Arbeitsgesetzgebung – Stichworte: Hartz IV, ALG II, Anrechnung von Partnereinkommen, Hinzuverdienstmöglichkeiten – mahnen dringenden Handlungsbedarf an.

Naturparke als Entwicklungsmotor

In der zweiten Augustwoche habe ich acht brandenburger Großschutzgebiete, darunter das Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe und den Nationalpark Unteres Odertal besucht.

Thematisch knüpfte die Tour an meine Reise im letzten Jahr an, bei der ich „Grüne Unternehmen“ in Brandenburg besuchte. Denn ebenso wie umweltverträglich wirtschaftende Betriebe haben die Großschutzgebiete Einfluss auf die nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum.

Neben dem Umwelt- und Naturschutz zählte die Tourismusentwicklung zu den wichtigsten Gesprächsthemen mit den Partnern vor Ort. Besonders der Fahrrad- und Wandertourismus hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Der vor-

anschreitende Ausbau der Radwegenetze trägt dazu bei. Allerdings wird gegenwärtig bei den Zugverbindungen in den ländlichen Raum kräftig der Rotstift angesetzt. Das wird besonders in Prignitz und Ostprignitz kritisch gesehen. Bleiben doch viele Gäste fern, wenn die Anfahrt nur beschwerlich oder ausschließlich mit dem Auto zu meistern ist.

Dabei braucht sich, was das touristische und Umweltbildungs-Angebot betrifft, kein Schutzgebiet zu ver-

stecken. Die Besucherzentren haben sich als Informations- und Ausstellungsbereiche bewährt und ziehen jährlich Tausende Interessierte an. Ich war entzückt, denn jedes Haus hat seinen eigenen Charakter. Was von den Beschäftigten dort geleistet wird, hat mich schwer beeindruckt.

Nur mit viel Engagement und Freiwilligenarbeit kann das anspruchsvolle

Angebot für die Besucher aufrechterhalten werden.

Das Land nämlich zieht sich aus seinen Großschutzgebieten mehr und mehr zurück. Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus fordern SPD, PDS und CDU im Landtag gegenwärtig die Absenkung der Naturschutzstandards. Auch die Erwägungen, immer mehr Stellen einzusparen und gar die Verantwortung an die Landkreise abzugeben, sind nicht geeignet, Vertrauen in eine zukunftsweisende Naturschutzstrategie des Landes zu entwickeln. Statt Impulse für die Regionalentwicklung zu geben, soll wohl einfach der Schlüssel rumgedreht und der Laden dichtgemacht werden. Das dürfen wir nicht zulassen! Brandenburg darf das Potenzial, das seine Naturparke darstellen, nicht verschleudern. Ich rufe auf zu einer Regionalbewegung, die sich schützend vor die Großschutzgebiete stellt, damit das Land Zukunft hat!

Touristen kommen

Bei Vattenfall



Am 4. Oktober besuchte Cornelia Behm die Vattenfall Renewables GmbH. Das Unternehmen betreibt ein Biomasseheizkraftwerk, dessen Funktion von Projektmanager Wolfgang Ullrich (li.) und Geschäftsführer Wolfgang Bogenrieder erläutert wurde. Brennstoffe kommen künftig auch von den nahe gelegenen Energieholzplantagen. Behm: „Solange Vattenfall in erneuerbare Energien investiert, werde ich das begrüßen. Der Braunkohleabbau wird für mich dadurch jedoch nicht akzeptabler.“

Protest

Gemeinsam mit der Europaabgeordneten Elisabeth Schroedter protestierte Cornelia Behm am 26. August gegen die verfehlte Verkehrspolitik der märkischen Landesregierung. Die Abgeordneten enthüllten ein Denkmal für den Widerstand gegen den Ausbau der B2 bei Michendorf.

Sorbentour der Fraktion

Das Leben der sorbischen Minderheit stand im Mittelpunkt zweier Informationstouren der Bundestagsfraktion, die Cornelia Behm und Wolfgang Wieland am 11. September und 2. November in die Lausitz führten. Thema der Reisen waren die sorbische Kulturförderung und der mit dem Kohleabbau verbundene Verlust von Heimat und Kultur.

Potsdamer 8

Am 22. September beteiligte sich Cornelia Behm an der Fahrraddemo „Potsdamer 8“. Zu der Veranstaltung hatten die Lokale Agenda, der Verkehrstisch Potsdam und der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club aufgerufen. Die Demo für eine fahradfreundlichere Innenstadt begeisterte viele – und hat bei den Stadtvätern hoffentlich offene Ohren gefunden, damit es beim nächsten mal noch mehr Spaß macht.



Mit Nationalparkleiter Dirk Treichel (li.) und Thomas Berg (KV Barnim) im Unteren Odertal.

Kleine Terminauswahl von Cornelia Behm in Brandenburg. Einen vollständigen und aktuellen Überblick finden Sie unter www.cornelia-behm.de

4. Dezember 2006

„Wieviel Bahn brauchen wir?“
Besichtigung der Strausberger
Straßenbahn und Diskussions-
veranstaltung der Bundestags-
fraktion in Strausberg zur Zukunft
des Brandenburger ÖPNV.

9. Dezember 2006

Konferenz „Grün leben – Konsum
und Lebensstil für morgen?“ der
Bundestagsfraktion
in Berlin.

14. Januar 2007

Traditionelles Neujahrsfrühstück
des Kreisverbandes Potsdam
in Groß Glienicke.

20. Januar 2007

Fraktionsempfang anlässlich der
Internationalen Grünen Woche
in Berlin.

2. und 3. Februar 2007

Kongress der Sozialkammer
der Evangelischen Kirche
Deutschlands (EKD)
in Hamburg.

Impressum

Cornelia Behm Nachrichten

Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)
Wahlkreisbüro,
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam
Tel.: 0331.887 10 56
Fax: 0331.887 10 55
Internet: www.cornelia-behm.de
cornelia.behm@wk.bundestag.de

Fotos & Grafiken:

- Seite 1: ddp –
- Seite 2: www.wallpapergate.com
(oben), www.sxc.hu / Yvonne
Stepanow –
- Seite 3: André Kurtas (Rückblick),
Büro Behm –
- S. 4: Büro Behm (Portraits), André
Lausch –

Layout/Satz:

WortSchlag.net
Postfach 880135 – D-13107 Berlin
Tel.: 03.813 61 80 57
Mail: service@wortschlag.net
www.wortschlag.net

Druck:

Druckerei E. Stein
Hegelallee 53 – 14467 Potsdam

Zukunft statt Braunkohle

Am 4. Oktober gab Vattenfall die Modernisierung des Braunkohlekraftwerks Jämschwalde bekannt. Cornelia Behm bezeichnete die Neuerungen als „Kosmetik am Dinosaurier der Lausitz“. Statt weiter in die Braunkohle zu investieren, müsse sich der Stromkonzern mehr den Erneuerbaren Energien widmen. Dies ist nicht nur aus Umwelt- und Klimaschutzgründen dringend notwendig. Auch wirtschaftlich ist die Abkehr von der Braunkohle unumgänglich.

Berlin-Kostrzyn per Bahn

Am 7. November hat sich Cornelia Behm mit einem Brief an den Polnischen Botschafter in Berlin gewandt. Darin bat sie ihn, die Erteilung einer Genehmigung für den Betrieb der Bahnverbindung Berlin-Lichtenberg-Kostrzyn zu befördern. „Es wäre für die vielen polnischen und deutschen Fahrgäste ein sehr unglücklicher Umstand, wenn die seit 1992 bestehende Zugverbindung nicht mehr grenzüberschreitend betrieben werden könnte.“ so Behm.

intern



Neue MitarbeiterInnen im Büro

Zum 1. Oktober habe ich in meinem Wahlkreisbüro eine neue Referentenstelle geschaffen und im Bundestagsbüro einen Ausbildungsplatz zur „Kauffrau für Bürokommunikation“ eingerichtet. Die Referentenstelle habe ich mit Nils Naber (li.) aus Potsdam besetzt. Unsere Auszubildende ist Helena Hirsekorn (re.) aus Kleinmachnow.



Verkehr

Aus für Wettbewerb und ländliche Regionen

Brandenburg hängt den ländlichen Raum weiter ab. Die Kürzungen der Regionalisierungsmittel im Bund werden vom Land an den regionalen Schienenverkehr und ÖPNV weitergereicht.

Im August kündigte das brandenburgische Verkehrsministerium weit reichende Stilllegungen von Schienenstrecken an. Es hagelte Proteste im Land. Cornelia Behm sprach u.a. bei einer Kundgebung in Joachimsthal.

Am 21. September gab Verkehrsminister Szymanski die endgültigen Streichungen zum Fahrplanwechsel im Dezember bekannt. Behm entgegnete: „Pünktlich zur Europäischen Woche der Mobilität baut die Landesregierung erneut Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Brandenburg, insbesondere im ländlichen Raum, ab. Mit den nun beschlossenen Streckenstilllegungen und Ausdünnungen der Fahrpläne

wird die Entwicklung der peripher gelegenen Räume Brandenburgs auf das Abstellgleis geschoben.“

„Ziel muss es doch sein, auch in den ländlichen Räumen mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, Bahn zu fahren. Das ist sicher nicht zu erreichen, indem durch Taktausdünnungen das Angebot verschlechtert wird. So ist absehbar, dass immer mehr Menschen der Bahn den Rücken kehren und auf das Auto



umsteigen.“, so Behm.

Private Bahnunternehmen sind überproportional von den Kürzungen betroffen. Dazu Behm: „Der Wettbewerb auf der Schiene wird kontinuierlich ausgebremst.“

Unverschämte Subventionen

Das Bundesverteidigungsministerium wird in den nächsten Jahren für die Entwicklung und den Kauf von zwei neuen U-Booten eine Milliarde Euro ausgeben. Das Ministerium begründet die Entscheidung nicht mit sicherheitspolitischen Notwendigkeiten, sondern allein mit dem Argument, 840 Arbeitsplätze in der deutschen Rüstungsindustrie zu erhalten – eine Unverschämtheit.

Alleerodung verhindern

Nach Untersagung der Alleefällung zwischen Rüditz und Danewitz durch das Landesumweltamt, hat sich die Behörde überraschend für unzuständig erklärt. Die Kreisverwaltung will jetzt an ihren Fällplänen festhalten. Behm: „Da hat das Ministerium Druck gemacht.“ Die Barnimer Bündnisgrünen haben auf Behms Anregung die Erarbeitung eines Gutachtens in Auftrag gegeben. Es soll zeigen, dass die Allee trotz Straßenbau erhalten bleiben kann. Der Kreis plant eine Anhörung dazu. Fest steht: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.